

kurz im fokus

Höhere Kassenbeiträge 2006?

Die gesetzlichen Krankenkassen haben Union und SPD zu kurzfristigen Sparmaßnahmen im Gesundheitswesen aufgefordert. Andernfalls müssten die Beitragssätze im kommenden Jahr erhöht werden, heißt es in einem Schreiben der Spitzenverbände der Kassen. Darin wird ange-regt, die Ärzte gesetzlich zu verpflichten, dass sie preisgünstigere Medikamente verschreiben. Auch sollen die Pharmaindustrie und die Apo- theker an den steigenden Arzneimittelausgaben beteiligt werden.

Neuer Versicherungstarif

Der Freie Verband Deutscher Zahnärzte und die AXA Krankenversicherung haben gemeinsam einen bis dato einmaligen Versicherungstarif für gesunde Zähne entwickelt. Anders als bei gängi- gen Ergänzungsversicherungen gilt diese nicht nur für den in der Zielgruppe selten anfallenden Zahnersatz, sondern auch für konservierende Maßnahmen (Füllungen, Inlays, Endodontie) und Parodontalbehandlungen. Weitere Informa- tionen unter: www.fvdz-finanz.de.

8 Mrd. € Einsparungen nötig

Arbeitgeberpräsident Dieter Hundt hält die von Union und SPD zugesicherte dauerhafte Sen- kung der Sozialversicherungsbeiträge unter die 40-Prozent-Marke ohne Nachbesserungen im Regierungsprogramm nicht für machbar. Um mit den Sozialversicherungsbeiträgen unter 40 Prozent zu kommen, müssten in der angekün- digten Gesundheitsreform rund acht Milliarden Euro eingespart werden, betonte Hundt. Allein um eine Beitragssatzerhöhung in der Gesetz- lichen Krankenversicherung zu vermeiden, seien ab 2008 Einsparungen von mehr als fünf Milliar- den Euro erforderlich.

Gegen GOÄ-Absenkung

Gegen die von der neuen Bundesregierung ge- plante Absenkung der GOÄ-Gebührensätze hält sich die Bundesärztekammer rechtliche Schritte vor. Das kündigte der Hauptgeschäftsführer der Bundesärztekammer (BÄK) Professor Chris- toph Fuchs in seiner Eröffnungsrede auf der Me- dica an: „Sollte die neue Bundesregierung die ge- plante Absenkung der GOÄ-Gebührensätze als eine Art Sozialausgleich durch Billigmedizin durchziehen wollen, dann ist das verfassungs- rechtlich hoch fragwürdig und bedarf einer ein- gehenden rechtlichen Prüfung.“

Kooperationsmodell:

Beratungsstellen für Patienten bald bundesweit

Für Zahnpatienten soll es künftig in ganz Deutschland Beratungsstellen geben, bei de- nen sie eine zweite Meinung zur ihrem Fall einholen können. Die Einrichtungen sollen binnen eines halben Jahres flächendeckend eingeführt werden, so der stellvertretende Vorstandschef der Kassenzahnärztlichen

Bundesvereinigung, Wolfgang Eßer. In eini- gen Regionen gibt es sie schon. Gedacht sei an ein Kooperationsmodell, bei dem zum Bei- spiel auch Verbraucherschützer mitwirken könnten. Das System werde von der Zahnärzteschaft allein finanziert. Die Zweit- untersuchung solle von Zahnärzten „mit be- sonderer Kompetenz“ vorgenommen wer- den, sagte Eßer. Seit Anfang dieses Jahres gilt für gesetzlich Krankenversicherte ein Preissystem mit Festzuschüssen für Kronen, Brücken oder Prothesen. Bis dahin gab es eine prozentuale Zuzahlung von bis zu 65 Prozent. Die Zahnarztorganisationen lobten auf ihrer Jahrestagung in Berlin die Zu- schüsse je nach Befund als „ermutigenden Schritt in die richtige Richtung“. Ein Festzu- schussystem sollte „schrittweise auf alle Gebiete der Zahnheilkunde ausgeweitet wer- den“, forderte die Bundeszahnärztekammer. So werde eine gerechte Verteilung der Mittel erreicht.

ANZEIGE



Buchvorstellung:

K. Kimmel „Die zahnmedizinische Versorgung“

Das Verbundsystem der zahnmedizini- schen Versorgung beruht auf der Zusam- menarbeit von Wissenschaft, Arbeitspra- xis, Berufsorganisationen, Industrie, Me- dien, Versicherungen und Handel. Im Rah- men einer Ganzheitsbetrachtung aller relevanten Faktoren und Aspekten wird dies- es System unter besonderer Berücksichti- gung der Qualitätssicherung an zahlrei- chen Beispielen dargestellt.

Eine bedeutende Rolle spielen die die zahn- medizinische Versorgung betreffenden Re- gelwerke in Form von Gesetzen, Verordnun- gen, Vorschriften, Richtlinien, Normen, Leitlinien, Stellungnahmen und Empfeh- lungen, wobei insbesondere das deutsche (DIN), europäische (CEN) und internati- onale (ISO) Normenwerk als wichtige Grundlage der Qualitätssicherung hervor- gehoben wird. Gleiches gilt für die Agenda 2004 der Bundeszahnärztekammer und der Kassenzahnärztlichen Bundesvereinigung, die im Verein mit der Deutschen Gesellschaft für Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde in er- heblichem Maße zum erforderlichen Para- digmenwechsel beigetragen hat.



K. Kimmel:

„Die zahnmedizinische Versorgung“

System – Qualitätssicherung – Ganzheitsbetrachtung

Deutscher Zahnärzte-Verlag Köln 2005

69,95 Euro/109,00 SFr

ISBN 3-934280-87-0